

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstr. 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mfg. (ohne
Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mfg.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Mfg.

Nummer 45.

Berlin, den 10. November 1907.

8. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Rückblicke. — **Kongreß und Reichskanzler.** — **Rundschau:**
Eine geheime außerordentliche Generalversammlung. Der Gesetz-
entwurf. Tarifverträge. Ungleichbehandlung. Keine Ver-
schmelzung. Zweierlei Maß. Die Moritat von Rebelev. Dem
Weggrund immer näher. — **Wirtschaftliche Bewegung.** — **Ver-**
bandsnachrichten: Dortmund. Bonn. St. Johann-Saarbrücken.
Freundenberg. Wellhof. Kirchhoben. Erfurt. Döbrücken. —
Verichtigung. Hannover. — **Soziales.** — **Baunfälle.** —
Literarisches. — **Briefkasten.** — **Bekanntmachung des Zentral-**
vorstandes. — **Bekanntmachungen.** — **Veranstaltungskalender.**
— **Sterbetafel.** — **Anzeigen.**

Rückblicke.

Es war gewiß kein unglücklicher Gedanke, der den An-
stoß zu gemeinsamen Vorgehen in allgemeinen Arbeiter-
vereinigungen gegeben. Es mußte ein Sammelplatz
vorhanden sein, von wo aus dem Ausdruck gegeben werden
kann, was die Arbeiterschaft bewegt, und was ihres Rechts
ist. Und nicht nur allein deswegen! Unsere Zeit steht
im Zeichen der Konzentration; Beachtung findet
nur der, der Massen auf die Beine zu bringen versteht.
Erg damit zusammen hängt auch das Vertrauen der, der
Organisation noch fernstehenden. All diese Ziele haben
ihre Verwirklichung in jener Vereinigung gefunden, deren
Stimme der Arbeiterkongreß ist. Wäre dies Instrument
noch nicht da, es müßte wohllich geschaffen werden.

Vier Jahre liegen zwischen der Frankfurter und Ber-
liner Tagung. Eine kurze Spanne Zeit. Aber welche ge-
waltiger Unterschied zwischen damals und jetzt? In Frank-
furt etwas Unsicheres, Zastendes; in Berlin Sicherheit und
Ueberzeugung. Trat dort in der Anteilnahme am Kongreß
vor allem die Gegnerschaft zur Sozialdemokratie in die Er-
scheinung, so hier die Abkehr der praktischen Arbeit. Und
das ist gut so. Das bildet das Fundament der Vereinigung,
aber auch das der Selbstständigkeit. Ein Gebrauchlassen
als „Sturmbock“ gegen die Sozialdemokratie und ohne
praktische Arbeit, wäre der Anfang vom Ende. Kaum
möglich wäre es dann auch, fremde Einflüsse fernzuhalten.

Zum ersten Male waren Staatsminister auf einem
Arbeiterkongreß vertreten. Hat das überrascht? Kaum!
Es wurde quasi als etwas selbstverständliches hin-
genommen. Man kann doch nicht dauernd die Arbeiter-
schaft ignorieren, zumal wenn sie in einer so großen Zahl
vereintigt ist. Die Ausführungen des Staatsministers
wurden auch mit ziemlicher Reserve aufgenommen. All-
gemeinen Beifall erntete er nur dann, als er es „als die
größte Aufgabe der Gegenwart“, die Einordnung der
mächtigen Arbeiterbewegung in die Gesellschaft, bezeichnete.
Mahnend klangen seine Ausführungen. Wenn ihm bei dem
Hinweis auf den Mißbrauch der Macht Beifall von den Ge-
werkschaftsführern gezollt wurde, so dient das als Beweis
dafür, daß sie die angelegene Gefahr in ihrer ganzen Trag-
weite erfaßt haben. Daher konnten die Ermahnungen ihnen
auch nicht gelten. Die Worte „Terrorismus — von welcher
Seite er auch kommen mag“, lassen erkennen, daß das
auch an eine andere Adresse gerichtet war. Gewünscht
hätten wir, daß die Rede Positiveres über die sozialen Pläne
der Reichsregierung gebracht hätte; vor allem über die
Erweiterung des Koalitionsrechtes. Das scheint geradezu
ein Wünschelruten zu sein; alle soziale Arbeit
aber muß unbefriedigend sein, wenn sie nicht vom richtigen
Geiste durchdringt ist. Und das ist die Gleichberechtigung
der Arbeiter mit anderen Ständen. Warten wir die Taten
der Regierung ab; denn nicht der Reichstag war es, der
brannte, sondern die Regierung. Will sie rückhaltloses
Vertrauen der Arbeiterschaft erwerben, dann soll sie den
modernen Rechtsanschauungen auch Rechnung tragen.

Nicht allen ist die Beachtung des Kongresses durch die
Regierung angenehm. Vor allem der Sozialdemokratie.
Mit einigen häßlichen Mägen glauben sozialdemokratische
Blätter ihren Unmut darüber von ihrer Leber schleimen
zu sollen. Das „Korrespondenzblatt“ spricht sogar von
einem Begeisterungsrausch. Gemach! Davon haben wir
nichts gemerkt, und wir waren doch dabei. Wohl aber
haben wir gelesen, daß auf dem internationalen Sozialisten-
kongreß den ausländischen Rednern, welche auf den Cann-
statter Wasen in ihrer Muttersprache redeten, kolossaler
Beifall zuteil wurde, ja, daß alles fortwährend klatschte.
Das ist Urteilslosigkeit in der Begeisterung. Peinlich ist
es ferner unseren Arbeitgeberscharmachern und den Hirsch-
Dunderschen Gewerkschaftsbewegungen.

Besonders lechtere befinden sich in einer wenig be-
neidenswerten Lage. Im Jahre 1903 setzten sie sich auf
das hohe Ross, und lehnten, trotz inständigen Bittens, die
Teilnahme am Kongreß ab. Ja, sie verhöhnten uns sogar.
Durch besondere Klugheit haben sich die Hirsch-Dunderschen
Führer nun von jeher nicht ausgezeichnet. Das war aber
über einer ihrer dümmsten Streiche. Denn inzwischen hat
nicht nur die christliche Gewerkschaftsbewegung gemaltige

Fortschritte gemacht, sondern die gesamte christlich-nationale
Arbeiterbewegung hat riesige Dimensionen angenommen.
Ohne Zweifel ist dieses Wachstum zum Teil den Wirkungen
des Frankfurter Kongresses zuzuschreiben. Die Hirsch-
Dunderschen Gewerkschaften dagegen stagnieren seit Jahren,
und voraussichtlich werden sie in diesem Jahre mit einem
Mitgliederrückgang zu rechnen haben. Heute wären sie
nur gern dabei; sie möchten von dem moralischen
Erfolg miternten, zu dem sie nichts beige-
tragen haben. Was die Minute ausschlug, holt eine
Ewigkeit nicht zurück.

Um sich nun den Zugang ganz zu verarmeln, faßte
der Generalrat auch diesmal eine ablehnende Resolution;
allerdings nur zum Schein! Denn in der Resolution lehnen
sie die Teilnahme ab, hinterher aber machen sie einen
Mordspettakel darüber, indem die christlichen Gewerks-
schaften mit ihrer Teilnahme (der Hirsch-Dunderschen) nicht
einverstanden gewesen sind. Wo ist nun Konsequenz?
Sicherlich nicht bei den Hirsch-Dunderschen. Zum Ueber-
flüssig gebrauchen sie Wendungen, welche die Stimmung
untereinander auch nicht zu bessern geeignet ist. Ein
„konservativ-ultramontan-antisemitischer“ Arbeiterkongreß
— das ist echte Hirsch-Dundersche Kleinlichkeit, — ebenso
lächerlich wie dumm, die evangelischen Arbeitervereine mit
den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zu identifizieren.
Lassen wir diese Leute gehen.

Die Verhandlungen des Kongresses waren von Ent-
schiedenheit und größter Sachkenntnis getragen. Jeder
Zoll ein Demokrat, möchte man von Stegerwald und Winter
sagen. Störend wirkte in der Debatte, daß viele Redner
vor allem erst ihre christlich-nationale Gesinnung versichern
zu müssen glaubten. Auch diese Kleinigkeiten werden ver-
schwinden. Unleugbar war ein großer geistiger Fortschritt
zu verzeichnen. Unbestritten hatten auch die christlichen
Gewerkschaftler die geistige Führung. Der Unterton der
Debatten war immer wieder: Freiheit und Recht; Wohl-
taten wollen wir nicht. Das wirkte besonders erfreulich.
Ein kraftvoller, selbstbewusster Arbeiterstand, war von jeher
unser Ziel. Die nach dieser Richtung hin geleistete Ar-
beit ist nicht ohne Erfolg geblieben. Wenn da die in
einzelnen Staaten, besonders in Preußen, bestehenden Wahl-
unrechte schlecht wegkommen, so liegt das in der Natur
der Sache. Wenn trotzdem eine zur Beseitigung dieser
Wahlunrechte auffordere Resolution zurückgezogen wurde,
so waren taktische Gründe dafür ausschlaggebend. In
der Sache selbst besteht keine Meinungsverschiedenheit.

Ohne Zweifel hat der Kongreß nach außen hin nicht
nur große Beachtung gefunden, sondern auch einen tiefen
Eindruck hervorgerufen. Wenn das dazu beitragen sollte,
ein besseres Verständnis für die Wünsche und Forderungen
der Arbeiter seitens der besitzenden Klasse hervorzurufen,
so wäre das nur zu begrüßen. Nicht zum Schaden kann
auch die Teilnahme der eingeladenen Vertreter der bürger-
lichen Parteien sein. Es kann im Gegenteil für manchen
nur von Vorteil sein. Daß man an die freisinnigen Gruppen
keine Einladung hat gelangen lassen, halten wir für einen
Fehler. Daß dabei eine bestimmte Absicht vorgelegen habe,
können wir kaum annehmen. Immerhin dürften der-
artige Dinge in Zukunft vermieden werden. Wir dürfen
niemals das Odium der Parteilichkeit auf uns laden. Das
schließt keineswegs unsere Kritik an dieser oder jener Partei,
wegen einer, vom Arbeiterstandpunkt aus zu verwerfende
Handlung, aus. Dieses Recht lassen wir uns nicht nehmen.

Ein interessantes Bild über den Kongreß bieten die
Ausstellungen der einzelnen Pressorgane. Von der vollen
Zustimmung bis zur absoluten Verneinung. Auf alle Mei-
nungen einzugehen, würde nicht möglich sein, von der
zustimmenden können wir auch absehen. Mit einem nassen
und einem trockenen Auge betrachtet die Deutsche Tages-
zeitung, das Organ der Großagrarien, die Tagung. Die
Reden sind ihr zu radikal. Und dabei haben wir uns noch nicht
einmal die Männer vom Zirkus Busch zum Vorbild ge-
nommen; diese künden doch so oft der Regierung die
Treue, d. h. wenn sie ihren radikalsten Forderungen nicht
entsprechen will — und auch nicht kann. Eine maßlosere
Gesellschaft ist uns kaum bekannt. In die gleiche Kerbe
hauen noch mehr konservative Organe; Freisinnigen sind
wir wiederum nicht weit genug gegangen. Dabei sind
sie in erster Linie mit einer Erbfinde befaßt. Erst kürz-
lich konnten wir bewegliche Klagen über Nichtberücksichtigung
aus Hirsch-Dunderschen Kreisen hören. Etwas besonderes
leistet sich Herr Weinhausen in der national-sozialen
„Silber“. Der Mann scheint seinen Beruf verfehlt zu
haben; er hat etwas Pinfektongastes an sich. Mit dem
abgedackerten Schlagwort: „Eine Schutztruppe der Reaktion“
leitet er seine geistigen Spritz ein. Das ist außer-
ordentlich ranzig. Herr Weinhausen glaubt anscheinend
— nach berühmten Mustern — alles was sich christlich nennt
als reaktionär zu bezeichnen, auch in Arbeiterkreisen damit
Erfolge zu erzielen. Er dürfte sich täuschen. Wir könnten
ihn auch eine Liste liberaler Worte und liberaler Taten
aufstellen, die noch schlimmer als reaktionär sind. Zum
Schluß fñtet er dann selbst auf die Erbsen, indem
er bedauert, daß die Liberalen es verfaunt haben, in
dieser Bewegung mitzuarbeiten. Darin liegt für uns, wenn
auch unfreiwillig, die Anerkennung.

Die Mahnung Bebel's, die christlichen Arbeiter anders
zu behandeln wie seither, scheint die sozialdemokratische
Presse noch nicht gerührt zu haben. Redete der Vor-
wärts in 1903 von einem Kongreß der Gelben und von
einer Gistpflanze, so diesmal von einer christlich-nationalen
Springprozeßion, von Ultramontanen, Stöckerlinglingen
usw. Der Grundstein und sein Ableger, der Stultaneur,
reden von Büßten um die Günst der herrschenden Klassen, von
organisiertem Streik- und Lohnrückertum, christlich-natio-
naler Brüderschaft u. s. f. Das sind Verärgerungsansprüche;
sie geben den Gradmesser der Objektivität dieser Organe.
Und die glei. Tonart singen auch die übrigen. Das
sind wir gewohnt, es hat uns bis dato auch nichts ge-
schadet. Ueberrascht wären wir nur, wenn es anders wäre.

Zum Schluß noch eins. Der diesmalige Gang zum
Reichskanzler (siehe unten) war nicht so ganz leicht. Er-
blickten die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterschaft
in der Nichterfüllung der Frankfurter Forderungen eine
Nichtachtung, so auch in der bekannnten Begrüßung der
„Gelben“ eine Desavouierung. Sie haben das Opfer ge-
bracht und haben ihre persönlichen Gefühle hintangeseht.
Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft; hoffen wir, daß
der diesmalige Gang praktische Resultate erziele.

Mit dem Verlauf der ganzen Tagung können wir durch-
aus zufrieden sein. Nun heißt es, unter dem frischen Ein-
druck des Kongresses, mit neuen Kräften in die Agitation
einsetzen und arbeiten. Unser Wahlspruch muß sein: Mit
Bolldampf vorwärts.

Kongreß und Reichskanzler.

In Gemäßheit eines Beschlusses des zweiten deutschen Ar-
beiterkongresses wurde, gleichwie in Frankfurt a. M., eine Deputa-
tion bestimmt, welche dem Reichskanzler die Beschlüsse des
Kongresses zu überweisen hat. Dieselbe wurde am 28. Ok-
tober in Klein-Floßbeck bei Hamburg vom Reichskanzler emp-
fangen.

Der Vorsitzende des Kongresses, Abg. Franz Behrens, hielt
folgende Ansprache:

Durchlaucht! Der zweite Deutsche Arbeiterkongreß hat uns
den Auftrag erteilt, Ew. Durchlaucht die Beschlüsse des Kongresses
zu überbringen.

Die Vertreter von über eine Million christlich-national ge-
sinnigen Arbeitern waren in Berlin versammelt, um gemeinsam
über ihre sozialpolitischen Angelegenheiten zu beraten. Neben
einer Aussprache über die sozialpolitische Lage im allgemeinen
standen der Arbeiterschaft in den schweren und gesundheitschäd-
lichen Industrien, sowie die Sonntagsruhe und die Arbeiterinnen-
frage zur Verhandlung.

Seit dem ersten Kongreß vor vier Jahren hat unsere christlich-
nationale Arbeiterbewegung eine gute Entwicklung sowohl in
bezug auf äußere Ausdehnung wie auch auf inneren Ausbau
erfahren. Mit Erfolg hat die christlich-nationale Arbeiterbewe-
gung dahin gewirkt, daß ein größerer Teil der durch die soziale
Gesetzgebung der Arbeiterschaft eingeräumten Vertretungen bei
Gewerbeberichten und der Arbeiter-Versicherung von befähigten
Männern ihrer Gesinnung besetzt wurden. Der Kongreß hält es
für nötig, daß das Verhältniswahlrecht für alle sozialen Wahlen
reichsgefeslich eingeführt wird.

Daß seit dem Frankfurter Kongreß vor vier Jahren von den
damals beschlossenen Forderungen bis heute noch keine einzige
gesetzliche Erledigung gefunden hat, rief bei unseren Kameraden
im Lande Befremden hervor. Ganz besonderen Wert legt die
christlich-nationale Arbeiterschaft auf die Sicherung und den
Ausbau der Koalitionsfreiheit; auch die Gewährung des un-
gehinderten Organisationsrechtes, ohne Streikrecht, an die Staats-
bedieneten ist dringend erforderlich.

Durch ein weiteres Ruhenlassen der Sozialreform auf den
genannten Gebieten wird unser Bestreben, der deutschen Arbeiter-
schaft durch ernste soziale Arbeit nach christlich-nationalen Grund-
sätzen zu nützen, erheblich erschwert und den vernünftigen Kräften
im Volksleben neue Nahrung zugeführt.

Die Zustände in den schweren und gesundheitschädlichen Industrien
bedürfen sehr der erhöhten Aufmerksamkeit der Gesetzgebung.
Ein besserer Arbeiterschutz ist in diesen Industrien unerlässlich.
Ebenso ist eine baldige Durchführung der vollständigen Sonntagsruhe
im Handels- und Badergewerbe notwendig. Auch die Wünsche
der Arbeiterinnen an die Gesetzgebung verdienen baldige Berück-
sichtigung.

Wir überbringen Ew. Durchlaucht die Beschlüsse und die
Drucksachen des Kongresses. Die Delegierten, die uns beauf-
tragt, sind sich der Schwierigkeiten bewußt, die sich unseren
Wünschen entgegenstellen können, aber sie sind auch zugleich
der festen Ueberzeugung, daß es im zwingenden Interesse des
Vaterlandes liegt, den Arbeiterstand als gleichberechtigtes Glied
dem nationalen Volkskörper einzuordnen und die deutsche
Arbeiterschaft durch erhöhten Schutz und Sicherung ihrer Rechte
im Allgemeininteresse schaffensfreudig zu erhalten. Wir ver-
sichern Ew. Durchlaucht, daß die auf dem Kongreß vertretenen
Arbeiter erfüllt sind von herzlichster Treue und Liebe zu
unserm erlauchtem Kaiser und unserm deutschen Vaterlande.
Wir werden auch ferner dahin wirken, diese Gesinnung zu pflegen
und zu festigen.

Der Reichskanzler erwiderte:
„Meine Herren! Es ist mir eine aufrichtige Freude, Sie
als die Delegierten des zweiten Deutschen Arbeiterkongresses
heute bei mir zu sehen. Seit dem Frankfurter Kongreß haben
sich die Ihnen angeschlossenen Vereinigungen in verheißungs-
voller Weise vermehrt und zugleich an Mitgliederzahl erheblich
zugenommen. Mit Genugtuung entnehme ich in Uebereinstim-
mung mit Ihnen daraus den Beweis, daß in den deutschen
Arbeiterkreisen noch in weiten Kreisen eine Stätte für die Betätigung
christlich-nationaler und monarchischer Gesinnung vorhanden ist.“

Möge es Ihnen gelingen, diesen christlichen und deutschen Sinn weiter zu fördern und zu pflegen.
 Ueber die Lage derjenigen Angelegenheiten, welche Sie bei unserer vorigen Besprechung in den Vordergrund gestellt haben, ist Ihnen durch den Herrn Staatssekretär des Innern Mitteilung gemacht worden. Ich füge hinzu, daß ich meinerseits alles tun werde, um die Einbringung und die parlamentarische Erledigung des in Aussicht stehenden Reichsvereins-Gesetzes und des Arbeitsstammes-Gesetzes zu fördern.

Was die Gegenstände Ihrer soeben abgeschlossenen Tagung betrifft, so liegt mir die Frage der Sonntagsruhe besonders am Herzen. Ich sehe in der Sonntagsruhe eine der Lebensquellen für unser gesamtes Volkstum und werde dafür Sorge tragen, daß bei den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über eine Revision dieser Bestimmungen nur insoweit Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit zugelassen werden, als dies mit Rücksicht auf unabweisbare Bedürfnisse geboten ist.

Die Verhandlungen des Reichstages im letzten Frühjahr haben die besondere Aufmerksamkeit der obersten Reichs- und Staatsbehörden auf die Verhältnisse in der Großindustrie gelenkt. Namentlich über etwa vorhandene Mängel in den bestehenden Arbeitsverhältnissen und in der Abmehnung der Arbeitszeiten bestimmter Arbeiterklassen hat der preussische Handelsminister eine Aufklärung bereits in die Wege geleitet. Die demnächstige Regelung wird unter Billiger Abwägung aller Interessen und nicht ohne Anhörung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgen.

Sie sind versichert, meine Herren, daß die Sozialpolitik nach dem Willen unseres Kaisers fortgeführt werden wird. Wenn der Fortschritt auf manchen Gebieten sich nicht so rasch vollzieht, wie Sie ihn wünschen, so wollen Sie dabei im Auge behalten, daß die Reichsverwaltung die Interessen aller Stände wahrzunehmen hat und daß eine gesunde und kräftige Sozialpolitik vor der gesamten Volksaufassung getragen sein muß. Nichts aber wird das soziale Verhältnis der gesamten Nation mehr fördern, als wenn die deutsche Arbeiterschaft sich in immer weiterem Umfange auf den nationalen Boden stellt. Dadurch bekennt sie sich zu einer Solidarität mit den anderen Ständen, die auf der anderen Seite nicht unerwidert bleiben kann, und die Freudigkeit stärkt zu weiterer Fortschreiten auf sozialem Boden. Und so wird die deutsche Arbeiterschaft, indem sie frei von einseitigen oder übertriebenen Forderungen ihr eigenes Interesse vertritt, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Arbeiterstandes heben und gleichzeitig die Grundlage unseres staatlichen Lebens stärken und befestigen. Diese Ihre Bestrebungen nach Kräftigung zu fördern, betrachte ich als eine meiner vornehmsten Aufgaben.

Rundschau.

Eine geheime außerordentliche Generalversammlung

des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe fand in der Woche zwischen dem 22. und 27. Oktober in Berlin statt. Etwa 300 Delegierte waren aus allen Teilen Deutschlands erschienen, ein sogar Vertreter aus Ungarn und der Schweiz. Es wurde ein regelrechter Kriegsplan entworfen, wie man nicht nur die Forderungen der Arbeiter niederkämpfen will, sondern auch deren Organisationen zur Ohnmacht verurteilen kann. So offen wie hier haben sich die Schanzmacher wohl noch nicht ausgesprochen; sie glaubten ja unter sich zu sein. Das wußten wir aber trotzdem schon vorher, daß die Einigung des einen Bezirks, von der Einigung im anderen Bezirk abhängig gemacht werden soll. Die Aussichten, die auf das kommende Frühjahr gesetzt worden sind, werden kaum zutreffen. Sommerhin aber: Kommt der große Sturm im nächsten Frühjahr nicht, dann bestimmt 1910. Freilich: Die Einigkeit im eigenen Lager (der Unternehmer) läßt noch viel zu wünschen übrig; aber, folgst du nicht willig, so brauch ich Gewalt. Da müssen die Materiallieferanten usw. helfen; es stehen auch noch andere Mittel zur Verfügung. Die gleichen Mittel von den Arbeitern angewandt, würden diese zweifellos mit dem Staatsanwalt in Verbindung bringen. Und diese nämlichen Leute geben vor, gegen die „sozialdemokratische Gewalt herrschaft“ anzukämpfen.

Als Minimalarbeitszeit im Baugewerbe soll die 10stündige gelten. Das bedeutet den Kampf auch für die Zukunft. Die Arbeiterschaft im Baugewerbe läßt sich ihren kulturellen Aufstieg keineswegs unterbinden. Dabei kämpfen die Baugewaltigen noch nicht einmal in ihrem eigenen Interesse, sondern in dem der Großindustrie. Letztere haben ja auch alle Ursache, daß die Bauarbeiter keine Fortschritte mehr machen. Hinter diesen letzten Schleiern darf allerdings nicht jeder sehen. Und so glaubt mancher strapale Bauunternehmer, er kämpfe für sein eigenes Interesse. In Wirklichkeit kämpft er für das der Großindustrie. Und die Freundschaft der Grundstücksbesitzer und Hypothekendarlehen? Darüber reden wir noch. Auch über die „Mittel“ zur „Sicherheit“ der Tarifverträge.

Wir wissen also trotz aller Verheimlichung genug, um zu erkennen, warum es sich handelt. Das läßt uns freilich außerordentlich kalt. Denn es zum Laiz nun einmal gehen soll, gut, so tanzen wir mit. Es gilt kaum einen Kampf um die Existenz der Arbeiterorganisation — und den Kampf das Bauunternehmertum nicht mit den Bauarbeiter allein, sondern mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

Der Geschenktwurf

betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, der dem Reichstag im November 1906 vorgelegt worden war und dort eine herbe Kritik erfahren hat, wird, wie nach der „Post“ verlautet, dem Reichstage zunächst nicht wieder vorgelegt werden. Der Entwurf wird im Laufe der nächsten Monate umgearbeitet und für eine spätere Session vorbehalten bleiben. Dieser Beschluß hängt eng mit dem kommenden Vereins- und Versammlungsrecht zusammen, das das Recht der Berufsvereine nach der öffentlichen Seite regelt.

Sie sind neugierig, was daraus werden wird.

Tarifverträge

liegen nicht im Interesse einer revolutionären Arbeiterbewegung. Das wird neuerdings durch das Verhalten des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes bei Schwetzingen, indem es sich

gegen die Tarifverträge mit aller Entschiedenheit dem Abbruch der Tarifverträge Einhalt getan werden; denn es ist dem Interesse einer revolutionären Arbeiterbewegung nicht förderlich, daß der Unternehmer auf Jahre hinaus Ruhe bekommt, um so seinen Profit zu vergrößern und seinen zu vergrößern. Um den Kapitalismus zu kürzen, ist es unerlässlich,

ihn in jeder Weise zu beunruhigen, und das wird unzulänglich nur erreicht, indem die organisierte Arbeiterschaft grundsätzlich gegen jeden Tarif sich ausspricht. Damit ist die Möglichkeit gegeben, den Arbeitgeber bei jeder günstigen Gelegenheit anzuzufassen, Forderungen jeder Art zu stellen, kurz, ihm jede Möglichkeit zur Sicherung seines Profits zu nehmen. Das Interesse der Arbeiter erfordert es, daß ihre Forderungen ohne jede Rücksicht auf den Unternehmer gestellt werden, ganz gleich, ob derselbe bestehen kann oder nicht, denn unser Ziel muß seine Befestigung und nicht seine Erhaltung sein.

Das hört man nicht alle Tage mit einer derartig unverbildeten Offenheit. Von allzu großer Klugheit läßt das allerdings nichts merken. Das heißt den Schleifstein zu ungunsten der Arbeiter brechen. Oder ist der Streik nun wirklich der Meinung, die Arbeitgeber lassen sich in dem angegebenen Sinne gutnützlich abmucken? Ein Blick auf die täglich mehr erstarkenden Arbeitgeberorganisationen preibt denn doch etwas ganz anderes. Ja, müssen die Arbeitgeber durch derartige Schreiberereien nicht geradezu ausgepeitscht werden? Weiblich nutzen das denn auch die Arbeitgeberorgane bereits aus. Ist auf die gleiche Taktik nicht aber auch die Entstehung der „Geldern“ zurückzuführen? Selbstverständlich! Das und nichts anderes ist deren Entstehungsbursche. Die Tarifverträge stehen der Revolutionspolitik im Wege, deshalb in den Ordus mit ihnen. Wir werden uns daher deren Pflege umso eifriger angelegen sein lassen.

Ungleiche Behandlung.

Nach § 23 des Einkommensteuergesetzes sind die Arbeitgeber bekanntlich verpflichtet, auf Ansuchen der Steuerbehörde genaue Angaben über das Einkommen der Arbeiter und Angestellten bis zu 3000 Mark, zwecks Besteuerung desselben, zu machen. Eine Anzahl Steuerbehörden benutzte das, um zugleich eine Bezeichnung derjenigen Angestellten zu erlangen, welche über 3000 Mark verdienen. Eine dieserhalb seitens der Berliner Handelskammer an den Finanzminister gerichtete Eingabe, er möge auf die Steuerbehörden einwirken, daß sie in Zukunft von der Bezeichnung dieser Personen absehen möchten, wurde von denselben dahin beantwortet, daß die Arbeitgeber nicht verpflichtet sind, die erwähnten Angaben zu machen. — Bei hohen Einkommen ist also die Schamlosigkeit nicht zulässig. Nur der Plebs ist ihrer „würdig“ damit kein Fleißig seines Einkommens der Besteuerung entgeht. Glaubt man wirklich, dem Arbeiterstand ginge das seine Verständnis für eine derartig ungleiche Behandlung ab? Wir sind dieser Meinung nicht!

Seine Verschmelzung.

Der sozialdemokratische Stukkateurverband lehnte die seitens des Vorstandes angebahnte Verschmelzung mit dem sozialdemokratischen Maurerverband in einer Urabstimmung mit 4434 gegen 2127 Stimmen ab. Der Entschluß der Verschmelzung seitens des Vorstandes genannten Verbandes war aus der Not geboren. Fast stets in Geldkalamitäten sich zu befinden, ist natürlich nichts angenehmes. Dazu die fortwährende Erweiterung in Arbeitskämpfe, deren Ursache bei anderen Bauarbeiterberufen liegt, aber infolge der zentralisierten Organisationsform der Unternehmer veranlaßt werden. Der vote Stukkateurverband wird also, infolge des „Berufsstolzes“ seiner Mitglieder, und der war zum großen Teil die Ursache der Ablehnung (sie wollen mit den Maurern nichts zu tun haben), auch in Zukunft sich hindurchlaborieren müssen. Eine blinkende Schüssel ohne Inhalt ist den Stukkateuren anscheinend lieber, als eine weniger schöne, dafür aber voll gefüllte. Für einen Zukunftsstaat mit völlig gleichem Ansehen der Person scheinen sie daher auch nicht ganz geneigt zu sein. Jedenfalls wird die nächste Generalversammlung des Stukkateurverbandes, die kommenden Frühjahr stattfinden, das nachholen, was den „gewöhnlichen“ Mitgliedern heute nicht einleuchten kann. Nun ein weiteres, was auch nicht des Interesses entbehrt. Es wirkt das auch ein bezeichnendes Licht auf den Vorherrscher des Stukkateurverbandes Odenthal. Allerdings kein günstiges. In Nr. 44 des „Stukkateur“ wird nämlich die Jahresabrechnung genannten Verbandes für das Jahr 1906 veröffentlicht. Die Gründe für eine so späte Veröffentlichung sind uns nicht bekannt. Unmöglich können wir jedoch annehmen, daß dieselbe erst jetzt ihre Fertigstellung gefunden hat; das wäre die reinste Schlauperei. Jedenfalls wurde seitens des Vorstandes mit der Annahme der Verschmelzung gerechnet, wodurch er der Veröffentlichung entgehen würde. Nur aber ging es nicht mehr anders. Nach dieser Abrechnung zählte der Verband im Jahresdurchschnitt 8249 Mitglieder. Das Vermögen betrug: Kassenbestände in den Filialen 48 884,73 Mk., Streifensfonds in den Filialen 22 920,28 Mk., Bestand in der Hauptkassa 33 621,62 Mk., sowie ein für 1907 eingegangener Betrag von 1012,33 Mk., insgesamt 106 438,96 Mk. Auf der Generalversammlung des soz. Maurerverbandes im April d. J. dagegen gab Odenthal 9500 Mitglieder mit über 150 000 Mk. Verbandsvermögen an. Das war anlässlich der Behandlung der Verschmelzungsfrage, wo der Meinung Ausdruck gegeben wurde, der Stukkateurverband juche Schanz unter den Flügel des Maurerverbandes. Also um den Maurern den Ansehluß der Stukkateure schmachtbarer zu machen, wurde nicht nur die Mitgliederzahl um 1300, sondern auch das Verbandsvermögen um 44 000 Mark von Odenthal „vermeht“.

Zweierlei Maß.

Am 16. Januar d. J. fand in Hargarten eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Landesauschubskoordinator Heber zu Gunsten des Herrn Reichstagskandidaten und Großindustriellen Charles de Wendel sprach. Die Versammlung war auf 6 Uhr einberufen, aber erst um 7 1/2 Uhr wurde sie mit der Erlaubnis des überwachenden Beamten eröffnet trotz § 13 des Versammlungsrechts für Elsaß-Lothringen, welcher besagt: „Jede öffentliche Versammlung muß spätestens eine Stunde, nach der der Behörde angezeigten Zeit des Beginns eröffnet, und darf nicht länger als eine Stunde unterbrochen werden.“ Herr Gewerkschaftssekretär Karus stellte dieses sofort fest, und bemerkte, daß bei einer Arbeiterversammlung die Polizei nicht so nachsichtig sei.

Wer die Schranken der Behörden gegen die Arbeiterorganisationen in Lothringen kennt, begreift erst so recht den Unterschied, der in dieser Behandlung liegt.

Ein neuer Beleg dafür, daß Recht und Gesetz für die Arbeiter in Lothringen nicht existieren, wurde dieser Tage erbracht.

Der Beamte des christlichen Metallarbeiterverbandes für Lothringen, meldeste am Freitag, den 25. Oktober, bei der Kreisdirektion Diedenhofen-Bett eine öffentliche Versammlung an, für Sonntag, den 27. abends 5 Uhr, in Alzingen für die christlichen Hüttenarbeiter von Alzingen, Algringen, Auentingen und Salingen. Nach § 9 des V.-G. ist von der Behörde sofort eine schriftliche Genehmigung über den Empfang der Anzeige zu erteilen. Doch der Enderläufer war am Sonntag, abends 5 Uhr, noch nicht in deren Besitz, erst am Montagmorgen 10 Uhr wollte der Beizeträger das Schreiben abholen. Die Annahme wurde jedoch verweigert. Als nämlich die Versammlung um 5 Uhr eröffnet werden sollte, löste sie der überwachende Sendarm Köstlin sofort wieder auf; doch nicht etwa, weil die Genehmigung nicht vorhanden war, denn er wußte ja, daß die Versammlung rechtzeitig angemeldet war, sondern weil der Enderläufer, Gewerkschaftssekretär Cmel, nicht zur Tagesordnung sprach. Dabei

war Herr Engel noch mit der Einleitung zur Bureauwahl befaßt. Sendarm Köstlin hat eine Wertwohnung der Güte „Limes-Friede“ inne, ob er aber auch im Dienste der Gütenbesitzer steht, konnte bis heute noch nicht ermittelt werden.

So behauptet man Arbeiter, welche im Dienste eines übermächtigen Kapitals stehen. Man verlangt auch von ihnen Achtung vor dem Gesetz; nicht aber gilt das Gesetz für sie, wenn es ihnen Rechte zugest, da wird es von Organen der Behörde mit Füßen getreten. Wie sagt man uns oft: Wie leben in einem Rechtsstaat. Ja, ja ??? Derartige Dinge sind einfach unerhört.

Die Moritat von Reuelar.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß Kollege Schwarz-Reuelar von dem Schwurgericht Cleve von der schweren Anklage der Aufforderung zur Anreizung zum Mord b e r s u d, auf den Antrag des Staatsanwalts selbst freigesprochen worden ist. Der Anklage lag folgendes zu Grunde:

Während des Streiks der Bauhauarbeiter zu Reuelar im Frühjahr und anfangs Sommer d. J. haben zwei am Streik mitbeteiligte junge (16- und 19-jährige) Holländer Gefängnisstränge an einem Bau durchschnitten. Die beiden Holländer bezichtigten nun nach ihrer Verhaftung den Sekretär Schwarz, er habe sie zu dieser verwerflichen Tat aufgefordert. Schwarz wurde daraufhin am 3. Juni von der Strafrechtsweg verhaftet und bis tief in den September hinein in Untersuchungshaft festgehalten. Eine angebotene hohe Kaution zwecks Freilassung wurde abgelehnt. Schließlich aber ließ man ihn gegen eine geringe Summe frei, jedenfalls weil man einsah, daß die ganze Mordgeschichte wie das Hornberger Schießen ausfallen würde. Nur die zwei Holländer erhielten einige Monate Gefängnis für ihre auf eigene Faust, nicht auf Anstiften Schwarz, wie sich herausstellte, mit frivoler Dummheit vollbrachte Untat.

Im Niederrhein wurde die schauerliche „Mordgeschichte“ von Scharfmachern eifrig benutzt, um gegen die christlichen Gewerkschaften insgesamt die öffentliche Meinung aufzustacheln. Sie werden höchstwahrscheinlich betrübte Gesichter machen, daß ihnen die Agitationsfelle fortgeschwemmt sind.

Aber auch die sozialdemokratische Presse macht eine schauerliche Meise zu dem Prozessionsgange. Bräunarm hatte sie ihren Reim in der Verschaffung Schwarz und die ganze Moritat vorgetragen. Mancher „Genosse“ hat sich vielleicht im Geiste schon ausgemalt, wie sich nach einer Verurteilung des christlichen Sekretärs möglichst schnell in Wort und Bild die „Schauer-tat“ agitatorisch verwerten lasse. Und jetzt! — Der „Vorwärts“ benutzt die Gelegenheit, um in der auf dem Essener Parteitag empfohlenen neuen Taktik den christlichen Arbeitern gegenüber sich zu üben: in „liebvoller Belehrung“ der christlichen „Arbeitsbrüder“. Die Düsseldorf „Volkszeitung“ scheint den Dreck noch nicht gefunden zu haben, denn aus ihrem Bericht des Prozesses Schwarz leuchtet der Aerger über den Ausgang desselben, wenn auch etwas verdimmt, hervor.

Dem Abgrund immer näher.

Am Deucher Hafen in Köln wird ein größerer Fabrikneubau ausgeführt. Es arbeiten dort christlich und sozialdemokratisch organisierte Arbeiter gemeinschaftlich. Am Sonnabendabend, kurz vor Feterabend, forderte ein sozialdemokratisch organisierter Bauhilfsarbeiter von einem christlich organisierten Maurer 10 Pf. für Schnaps. Als sich der Maurer, Seidler mit Namen, weigerte, erhielt er sofort einige Faustschläge ins Gesicht. Derselbe wehrte sich. Durch das Dazwischentreten des Politers wurde Schimmeres verhört. Als nun nach Feterabend die Leute nach Hause gehen wollten, überfiel eine Anzahl sozialdemokratisch organisierter Hilfsarbeiter den christlich organisierten Maurer Seidler mit den Worten, „da kommt der christliche Lump“, und schlugen ihn zu Boden. Der christlich organisierte Maurer Wolf versuchte die Anhölde zu beruhigen, wurde jedoch ebenfalls zu Boden geschlagen und mit seinem Hemde geschirrt bearbeitet. Etwa 200 Meter weit verfolgten die sozialdemokratischen Helfer den christlich organisierten Maurer Otterbein. Zwei Genossen sprangen auf ihn zu und würigten denselben und ein dritter hieb warmherzig auf den Wuchel ein. Auf sein Hilferufen eilten zwei Männer herbei. Da erst liegen die Anhölde von ihm ab, versuchten aber erst den Otterbein in den Rhein hafen zu werfen. Otterbein flog an das Geländer und klammerte sich dort fest. Durch das Hinzutreten der beiden Männer wurde Otterbein vor dem gefährlichen Sturz bewahrt bezog. Ihn das Leben rettete. Die ganze Angelegenheit scheint ein gespannter Ueberfall zu sein, da schon vorher zwei weiteren christlich organisierten Maurern gedroht wurde, „sie gingen nicht oft mehr über die Brücke“. Die Ueberfallenen haben die Sache zur Anzeige gebracht. Es herrscht eigentümlich, daß der Beamte des sozialistischen Hilfsarbeiterverbandes, Fröhlich, in der letzten Zeit sich häufig in der Nähe der Arbeitsstelle aufhielt. Derselbe befuhr die Baustellen und versucht die christlich organisierten Arbeiter in den sozialdemokratischen Verband herüberzuziehen. Die Maurer sind Gott sei Dank in solcher Stärke christlich organisiert, daß sie sich des sozialdemokratischen Terrorismus gegenüber den sozialdemokratisch organisierten Maurern wehren können. Da wird nun durch die sozialdemokratisch organisierten Hilfsarbeiter derselbe ausgeführt. Nicht nur in vorliegenden Falle ist dieses zu bezweifeln, sondern fortwährend haben die christlich organisierten Bauarbeiter durch Schikane und unflätige Reden der sozialdemokratischen Hilfsarbeiter zu leiden. — Ob bei den christlich geführten Arbeitern, die Mitglieder der sozialdemokratischen Verbände sind, es angeht, solche Vorkommnisse noch nicht klar wird, welcher Zukunft sie und ihre Nachkommen entgegengehen?

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugug fernhalten: Berlin. Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, Kruschwitz, Maurer, Weisenburg i. G., Aussperung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Sagenau (Maurer), Sierfeld (Fliesenleger), Sperre über die Firma Nummenholler, Parnen-Rittershausen, Wodum (Sperre über Wingenfeld), Essen a. d. Ruhr (Stukkateure, Sperre über Zwischmeister Helmerich und Heinemann und Kläs), Sierfeld, Aussperung der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer, Säckingen und Murg (Maurer, Zimmerer, Säger und Bauhilfsarbeiter).

Sperre ist das Baugeschäft Herrmann in Vischoffen, Dstpr. Sierfeld-Parnen. Ueber den Zwischenmeister Jeshanowsky ist seitens der Fliesenleger die Sperre verhängt worden.

Bezirk Bodum.

Essen a. d. Ruhr. (Dachdecker.) Wegen Nichterhaltung des Tarifs, wurde im Einverständnis mit der Schlichtungskommission über die Firma Wilhelm Ely die Sperre verhängt.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Stukkateure.

Dortmund. Am 25. Oktober fand unsere Jahres-Hauptversammlung statt, die nicht zur vollen Zufriedenheit besucht war. Auf der Tagesordnung stand der Quartals-Bericht und die

Verbandswahl. Der Kassierer erstattete zunächst den Bericht Punkt 1; es wurden im Jahre an Marken verkauft, 32 Einheitsmarken zu 50 Pf., 2559 Stück zu 65 Pf., 494 Stück zu 55 Pf., 76 Stück (Arbeitslose) zu 30 Pf., 227 Stück (Arbeitslose) zu 20 Pf., 8 Stück zu 35 Pf., 9 Stück zu 45 Pf., 74 Stück zu 1 Pf. (Agitation), 78 Stück zu 10 Pf., 204 Stück zu 60 Pf., 5 Stück zu 55 Pf. (Zuschlagsmarken). Insgesamt wurden 7785 Marken verkauft, die eine Einnahme von 2045,75 Mk. brachten. Die Ausgabe betrug 671,35 Mk.; somit wurde an die Hauptkasse ein Betrag von 1474,40 Mk. abgeführt. Das bedeutet ein ganz erfreuliches Fortschreiten unserer Zahlstelle. Nur mit den Zuschlagsmarken ist es den Kollegen noch etwas schwer geworden. Hoffentlich werden auch diese Säumnisse noch nachkommen. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Aus der Wahl gingen hervor als erster Vorsitzender Koll. Ehrenhöfer, Friedrichstr. Nr. 86, als erster Schriftführer Koll. Romberg, Bismarckstr. 6, zum ersten Kassierer Koll. Kropf, Unionstr. 12, als Stellvertreter Schreiner, Ehrenhöfer und Gerhard. Die Kollegen nahmen alle dankend die Wahl an, und versprachen ihr Amt auch gewissenhaft auszuführen. Zum Schluss erwähnte Kollege Petri den Vorstand, die Interessen der Kollegen nach jeder Seite hin zu vertreten, und sollten die Kollegen auch den Vorstand nach jeder Seite hin kräftig unterstützen, dann wird die Zahlstelle auch blühen und gedeihen.

Maurer.

Donn, 13. Okt. Heute fand eine Ausschusssitzung der Verwaltungsstelle statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Bericht der Delegierten, 3. Stellung zur Lohnfrage, 4. Beschließenes. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Wippenhof, Leugsdorf, Eubendich und Nütthgen. Hiesel hatte sich entschuldigt. Koll. Widus gab den Jahresbericht. Seit dem vorigen Jahre ist die Mitgliederzahl von 118 auf 230 Mitglieder gestiegen. Die Agitation war eine rege. Es haben 17 Sitzungen, 33 Mitgliederversammlungen, sowie drei Tarifkommissionssitzungen stattgefunden. Allgemein wurde Klage darüber geäußert, daß die Versammlungen nicht in der richtigen Weise vorbereitet, und somit auch schlecht besucht würden. Die Lohnbewegung ist ohne Streik erledigt worden. Für die Maurer stieg der Lohn von 45 auf 48, ab 1. Januar 49 Pf.; für die Bauhilfsarbeiter von 35 auf 38 und ab 1. Januar 08 auf 39 Pf. Im Januar sollen weitere Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen des nächsten Jahres stattfinden. Die Zimmerer haben ihren Lohn in derselben Weise gesteigert. Auch für diese stehen neue Verhandlungen bevor. Nur die Stukkateure haben keine Fortschritte gemacht, ja sie haben sich noch verschlechtert. Das kommt daher, daß dieselben nach dem Streik im vorigen Jahre der Organisation den Rücken gekehrt haben. Dieselben haben dem Verbandskampfe gegenüber Geld gekostet, sie haben die Gelder der übrigen Kollegen verschleudert, dann aber trotzdem wieder zum Verbandskampfe getehrt. Diese Unreife rächt sich jetzt. Statt aufwärts, geht es daher rückwärts mit den Stukkateuren. Die Rassenführung der Verwaltungsstelle wurde von den Revisionen als musterhaft bestätigt, und dem Kollegen Widus für seine Bemühungen gedankt. Die Berichte der Delegierten entzifferten teils ein aufstrebendes, teils ein interesseloses Bild. Es konnte festgestellt werden, daß dort, wo intelligente und fleißige Vorstandsmitglieder vorhanden sind, sich die Zahlstellen gut entwickeln. Die Lohnfrage wurde ernstlich beraten, und sprach man sich aus, in welcher Form die Lohnforderung sich gestalten soll. Die Delegierten wurden angewiesen, in den Mitgliederversammlungen die Lohnfrage in der angegebenen Richtung zu besprechen und zu beschließen. Dasselbe versprachen auch die Delegierten vor Zimmerer. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Jakob Schellberg erster, Caspel zweiter Vorsitzender; Christian Widus erster, Th. Müller zweiter Kassierer; Binte erster, Klein zweiter Schriftführer, Krämer und Windhagen als Revisoren, Bergheim und Engels als Revisoren. Kollege Lange sprach über die verflochtenen Kämpfe, die Erfolge unseres Verbandes und die zukünftige Situation. Mit Spannung verfolgten die Delegierten seine Ausführungen. Unter Punkt 4 des Protokolls nochmals die Extrabeiträge besprochen und die Gründe für deren unbedingte Notwendigkeit klargestellt. Aus Weislar wurde um Aufführung darüber gebeten, warum einem Kollegen seitens der Zentrale die Krankenunterstützung verweigert sei. Die Antwort lautete genau so, wie die des Zentralvorstandes, weil der betreffende Kollege die Extrabeiträge nicht entrichtet hatte. Die Anfrage gab allen Delegierten einen Ansporn, die noch rückständigen Extrabeiträge in allen Zahlstellen energisch einzubringen. Weiter wurde in Punkt 5 Beschließenes angefaßt, was mit den Zahlstellen geschehen soll, die zu der Konferenz nicht erschienen sind. Laut Verwaltungsstellenstatut sollen die Zahlstellen benachrichtigt werden, damit die Mitglieder die Delegierten zur Rede stellen; bei weiterem Fehlen müssen die Zahlstellen die Delegierten neu wählen. Darauf wurde die anregende und interessante Ausschusssitzung geschlossen.

St. Johann-Saarbrücken. (Konferenzbericht.) Am 29. September tagte im christlichen Gewerkschaftshaus die diesjährige Bezirkskonferenz. Anwesend waren 26 Delegierte. Kollege Brendel eröffnete die Konferenz, begrüßte die Delegierten und den Kollegen Becker-Berlin als Vertreter des Zentralvorstandes. Den Bezirksbericht erstattete Kollege Baque. Die Mitgliederzahl ist von 1200 auf circa 1600 gestiegen. Diese verteilen sich auf 54 Orte, bezw. Zahlstellen. Diese 54 Zahlstellen sind in acht Verwaltungsstellen zusammengefaßt. Die Konjunktur im Baugewerbe war im allgemeinen als gut zu bezeichnen. In der Steinindustrie hingegen war dieselbe sehr lau. Die Ursachen hierzu liegen meistens in der Verwendbarkeit von Kunststein, Zement usw.; andernteils ist der pfälzischen Steinindustrie durch das Material ein scharfer Konkurrent entstanden. Der Import von Kaiserlautern, Alsenz- und Lauterbach nach den mittelhessischen Städten ist kaum mehr von Bedeutung. Lohnbewegungen wurden im Laufe des Jahres fast mit vollem Erfolg geführt. Die Lohnbewegung der Steinarbeiter in Kaiserlautern, die gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Steinarbeiter-Verband geführt werden sollte, blieb erfolglos. Die Genossen haben ein Zusammengehen nicht gewollt. Sie sind allein mit den Unternehmern in Unterhandlung getreten und haben den alten Vertrag, den Genosse Kraft selbst als einen schlechten bezeichnete, auf zwei Jahre verlängert. Die Erfolge der Lohnbewegungen gestalteten sich wie folgt: 75 Kollegen erhielten eine Lohnzulage von 6 Pf. pro Stunde in drei Jahren, 350 Kollegen eine solche von 11 1/2 Pf. in drei Jahren, 15 Kollegen eine Zulage von 7 Pf. pro Stunde in einem Jahr. Die Arbeitszeit wurde für 90 Kollegen um eine Stunde und für 350 Kollegen um eine halbe Stunde pro Tag verkürzt. Die Beitragszahlung ist im allgemeinen gut. Die Zahlung der Extrabeiträge dürfte in einigen Zahlstellen besser sein, vielfach sind es die Hilfskassierer, die in diesem Punkt zu schuldig sind. Eine von dem Bezirksleiter veranstaltete statistische Umfrage hat ergeben, daß in den von uns besuchten Orten noch etwa 12-1300 indifferenten Kollegen wohnen. Kollege Baque schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, die Kollegen sollten allgemein eine gründliche Hausagitation vornehmen, und auch diese indifferenten Masse durch Besuche und dem Verbandszugeführt werde. Unter Punkt 6 Geschäftliches legte Kollege Brendel einen Entwurf zu einer Verwaltungsstellenstatut vor, der auch einstimmig angenommen wurde. Ein Antrag der Zahlstelle Hochspeyer, den Hilfskassierern eine gleiche Summe als Besoldung aus der Verwaltungsstellenkasse zu zahlen, wurde abgelehnt. Kollege Brendel hielt einen Vortrag über Agitation. Scharf verurteilte er das Verhalten vieler Kollegen, die sich auf den Standpunkt stellen, die Agitation sei Sache des Bezirksleiters. Andererseits hätten ihm keine

Erfahrungen die Ueberzeugung beigebracht, daß es sehr viele Kollegen gebe, die mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, Zahlstellen-Vorstand zu werden; sind sie aber gewählt, dann muß man leider allzuoft die Erfahrung machen, daß sie diesen Posten nur des Namens wegen bekleiden, sich aber von jeder praktischen Arbeit brüden. Als Beweis hierfür gelte ihm die große Zahl Indifferenter neben den organisierten Kollegen. Andererseits gibt es nur wenige Zahlstellen-Vorstände, die mal aus sich selbst, ohne dazu aufgefordert zu werden, eine Mitgliederversammlung abhalten. Kollege Brendel machte eine Reihe praktischer Vorschläge zu einer erfolgreichen Agitation. In der Diskussion meldete sich eine Anzahl Kollegen zum Wort, einige berichteten aus ihren Zahlstellen, andere nahmen Stellung zu den Ausführungen der beiden Referenten. Das Schlusswort hielt Kollege Weder. Er stellte zunächst fest, daß auf der ganzen Linie, und auf allen Gebieten Fortschritte zu verzeichnen seien, am meisten aber freue ihn der Fortschritt in geistiger Beziehung. Die Diskussion habe bewiesen, daß auf diesem Gebiete Anerkennenswertes geleistet sei. Vor zwei Jahren, als er zum ersten Male in das Saargebiet gekommen sei, hätten viele Kollegen sich gefürchtet, eine Versammlung zu besuchen, heute sehe man eine Anzahl Kollegen, wie sie furchtlos ein freies Wort reden; das bekommen Gefühl sei verschunden. Mit einer Beleuchtung der Wichtigkeit des Saargebietes für unsere Bewegung, den Aussichten unseres Verbandes überhaupt, sowie der drohenden Kämpfe im Baugewerbe fand die Konferenz ihr Ende.

Freudenberg. Am Sonntag, den 20. Oktober, fand im Lokale des Herrn Max Wintersbach eine Maurerverversammlung zwecks Vorstandswahl der neugegründeten Zahlstelle statt. Als Referent war Kollege H. Himmerich aus Kirchen erschienen, welcher den Kollegen in lehrreichen Worten die Wichtigkeit der Organisation zu schildern verstand. Nach Schluß des Vortrages erfolgte noch eine kleine Diskussion unter den neuen Mitgliedern, worauf man zur Vorstandswahl schritt. Es wurde Koll. Falk zum Vorsitzenden, Koll. Müller Späth zum Kassierer und Kollege Halberstadt zum Schriftführer gewählt. Es wurde hiernach der Wunsch geäußert, die Vorarbeiten zur tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse am hiesigen Orte zu treffen. Zwei Kollegen ließen sich aufnehmen, so daß die Zahl der Mitglieder jetzt 15 beträgt. Zum Schluß wurde der dringende Wunsch an die Kollegen gerichtet, immer mehr Kollegen für die Organisation zu werben, denn nur durch Einheit kann unsere Tätigkeit mit Erfolg gefördert werden.

Waldorf (Kreis Jülich). Am Sonntag, den 27. Oktober, hatten sich hier eine Anzahl Bauarbeiter im Lokale des Herrn Jung zusammengefunden zwecks Gründung einer Zahlstelle. Ein Kollege der Roslarer Zahlstelle eröffnete im Namen des Einberufers die Versammlung, begrüßte kurz die Erschienenen und erteilte hierauf dem Kollegen Kalz (Düren) das Wort zum Thema: „Warum organisieren wir uns in christlichen Gewerkschaften?“ Kurz auf die wirtschaftliche Entwicklung hinweisend, schilderte Redner die dadurch entstandenen Mängel. Weis er einzelne zu schwach ist, um mit Energie hiergegen anzukämpfen, muß die gesamte Arbeiterschaft sich zusammenschließen in Gewerkschaften. Auf die Frage, in welcher Organisation der Arbeiter sich organisieren soll, äußerte sich der Referent dahin, daß ein Zweifler oder Gottesläugner sich der sozialdemokratischen Gewerkschaft anschließen kann; ein christlich gesinnter Arbeiter aber nur in die christliche Gewerkschaft gehört. Mit einem Appell, die Gleichgültigkeit abzuschütteln und der christlichen Gewerkschaft beizutreten, schloß Redner seine Ausführungen. Sofort ließen sich neun Kollegen aufnehmen, zwei waren schon organisiert, und so konnte der Grundstein einer Zahlstelle gelegt werden. In der Diskussion wurde über die Mängel der hiesigen Krankenkasse geklagt, und der Wunsch ausgedrückt, hier einmal nach dem Rechte zu sehen. Nachdem Kollege Kalz im Schlußwort darauf hingewiesen hatte, das Geschäftszimmer auszubauen und zu erhalten, damit die neue Zahlstelle blühen und gedeihen möge, wurde mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf die neue Zahlstelle die Versammlung geschlossen. Als Vorsitzender wurde Gerhard Wasserhoven I, als Schriftführer Gerhard Wasserhoven II und als Kassierer Christian Gagen gewählt. Besonders Lob verdient, daß die Kollegen von Roslar so zahlreich zu dieser Versammlung erschienen waren. Kollegen, jetzt gilt es in die Agitation einzutreten, damit nächstes Jahr keiner mehr vorzuziehen ist, der nicht Mitglied der christlichen Bauarbeiterorganisation ist. Einer für alle, alle für einen.

Rixhoven (Kreis Heinsberg). Zu einer hieselbst stattgefundenen Versammlung, in welcher Kollege Thies-M. Gladbach referierte, wurde die Gründung einer Verwaltungsstelle perfekt. Eine Anzahl neuer Mitglieder ließ sich aufnehmen, diejenigen, welche auswärts arbeiten und Mitglieder anderer Zahlstellen sind, aber jeden Samstag nach Hause fahren, meldete sich an. Die Verwaltungsstelle setzt sich aus einer Anzahl Orte des Kreises Heinsberg zusammen, und ist der Sitz in Rixhoven. In den Vorstand wurde gewählt Jos. Deders als Vorsitzender, Wilhelm Grimm als Kassierer und Leonhard Gillers als Schriftführer. Zum Verbandslokal wurde Wirt Tillmans, Rixhoven, bestimmt. Die Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat statt. Die Mitglieder versprechen nach Kräften an dem Aufschwung der Verwaltungsstelle zu arbeiten, damit auch an der westlichsten Grenze unseres Vaterlandes unser Verband eine achtunggebietende Stellung erringt.

Erfurt. Nach längerem Bemühen ist es uns gelungen, auch in Erfurt Boden zu fassen; und das trotzdem uns die Herren Genossen des öfteren höhnen und zuriefen: „In Erfurt wird es niemals eine christliche Bauhandwerkerzahlstelle geben.“ Wenn die Zahl vorläufig auch noch klein ist, so berechtigt sie doch zu den besten Hoffnungen. Wächst sie doch immer mehr, und beweist damit, daß ein dringendes Bedürfnis vorlag. Monarchische Geminnung und Christentum läßt sich nun einmal nicht mit freier Gewerkschaft und Sozialdemokratie vereinbaren. Es gilt nun, die noch zaghaft abseits stehenden, welche nur der Furcht halber vor den Schifanen der Genossen, sich noch nicht getrauen zu uns herüber zu kommen, zu gewinnen. Es heißt Aufklärungsarbeit leisten und rührige Agitation betreiben. Unser Ziel muß sein: Stärkung unseres Verbandes; denn nur dadurch erlangen wir Anerkennung und Beachtung.

Steinarbeiter.

Olbrücken. Am Sonntag, den 27. Oktober, fand hier eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Nachdem Kollege Baque dieselbe eröffnet und den schlichten Besuch kritisiert hatte, erteilte er Kollegen Lenhart aus Frankfurt das Wort zu seinem Referate „Staatshilfe, Selbsthilfe.“ In klaren Worten zeigte uns der Referent, daß es unsere heiligste Pflicht sei, neben der Selbsthilfe die Staatshilfe in Anspruch zu nehmen. Zu bedauern war, daß es die Kollegen trotz der Einladung nicht für notwendig gefunden haben, sich ein solches Referat anzuhören; es scheint, als wenn in der ganzen Pfalz eine gewisse Flaubeit eingetriffen ist. Kollege Baque wies darauf hin, daß es gerade der Steinarbeiter sei, welcher von der Organisation so wenig wissen wolle. Kaum wäre ein Arbeitgeber im Steinarbeitergewerbe aufgetaucht, so wäre er auch schon dem Verbands begetreten. In einem kräftigen Schlußwort forderte Kollege Lenhart die Kollegen auf, sich mehr wie bisher an der Agitation zu beteiligen, damit, wenn er Weisnachten wieder hierherkommt, auch der letzte Steinarbeiter in Olbrücken dem christlichen Bauhandwerker-Verbande zugeführt ist. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Eine Verächtung. In Nr. 41 der „Baugewerkschaft“ brachten wir eine Notiz über die Neutralität im freien Steinarbeiter- und Pfistererverband. Es ging uns alsdann eine Nummer des Organs genannten Verbandes mit einer angelegenen Notiz zu, welche eine Verächtung des Falles darstellen sollte, wovon wir in der hiesigen Nummer unseres Organs jedoch keine Notiz

mehr nehmen konnten. Inzwischen gelangte eine preßgesellschaftliche Verächtung an uns mit dem Kernsatz, „ungekommen würde: wir uns doch zu keiner Verächtung entschließen können.“ Schließen die Leute des Steinarbeiterverbandes wohl von sich auf andere? Es scheint so. Nun zu der Verächtung! Sie lautet: „Es ist unwar, daß auf dem Verbandsstage des Steinarbeiterverbandes oder durch andere berufene Instanzen, oder bei irgend einer anderen Gelegenheit gesagt oder auch nur in irgend einer Weise angedeutet worden ist, daß irgend ein Paragraph des Verbandsstatuts dazu da sei, den Verbands- oder „Dritten Sand in die Augen zu streuen.“ Es ist ferner unwar, daß das betreffende Mitglied der Zentrale Elberfeld des Steinarbeiterverbandes ausgeschlossen wurde, weil es Mitglied des katholischen Arbeitervereins oder eines Kriegervereins ist. Es ist im Gegenteil vom Vorsitzenden der Zentrale Elberfeld ausdrücklich erklärt worden, daß deshalb kein Mitglied ausgeschlossen werden kann. — Unwar ist auch, daß aus einem Bericht der „Allgemeinen Steinarbeiterzeitung“ sich ergibt, daß das betr. Mitglied, Bästert, wegen seiner Zugehörigkeit zum kath. Arbeiterverein ausgeschlossen wurde usw. Es ist da die Rede von einem „Christlichen Arbeiterverein“ und die Zassung des Berichtes ergibt auch, daß hierunter nur eine christliche Gewerkschaft verstanden war. — Fernfalls hätte die Redaktion selbst den Bericht beanstandet und gemäß den Bestimmungen des Statuts eine Untersuchung des Falles veranlaßt. — Wäre ich dagegen, daß Bästert ausgeschlossen wurde wegen „Denunziation eines Kollegen, Beleidigung des Vorstandes und ungebührlichen Betragens in den Versammlungen“, und daß er deshalb allerdings auch in den Verdacht geraten ist, im Interesse der christlichen Gewerkschaft gegen den Steinarbeiterverband zu konspirieren.“

Anschließend an diese Nichtigstellung folgt eine Erklärung, deren Veröffentlichung unserem freien Ermessen anheimgestellt wird. Davin wird zugegeben, daß bei den Verhandlungen gegen Bästert, die Redewendung vom „Sand in die Augen streuen“ gefallen ist. Das betr. Mitglied habe dafür einen scharfen Mißel vom Hauptvorstand erhalten. Weiter folgt dann eine Verurteilung für die Einsendung der preßgesellschaftlichen Verächtung. Wir sollen damit die Absicht verfolgt haben, genanntem Verband die Polizei auf den Hals zu legen. Bewahre! So ungern wir mit der Polizei zu tun haben, nehmen wir es auch von anderen an. Und dann: Was sollten wir damit erreichen? Doch sicherlich gar nichts. Unsere Absicht ging nur dahin, den christlich gesinnten Steinarbeitern zu zeigen, wie die Neutralität im „freien“ Steinarbeiter- und Pfistererverband gehandhabt wird, und daß dort für sie kein Platz sein kann. Wir brauchen uns also keine Gewissensbisse zu machen, und lehnen die Unterzeichnung der „Verächtung“ entschieden ab. Derartiges mag in freien Verbandskreisen m.g.g.lich sein, bei uns nicht.

Obiger „Nichtigstellung“ gegenüber hält nun unser Elberfelder Gewährsmann fest: 1. daß die in Rede stehende Äußerung („Sand in die Augen streuen“) dem Munde des Vorsitzenden der Elberfelder Zentrale entfallen ist; 2. daß das Mitglied B. seiner Zugehörigkeit zum katholischen Arbeiterverein und Kriegerverein wegen aus dem Verband der Steinarbeiter ausgeschlossen worden ist. B. war noch nicht Mitglied der christlichen Gewerkschaften, als er aus seinem Verbands herausstog. Der Ausdruck „Christlicher Arbeiterverein“ ist durchaus im Sinne von katholischen Arbeiterverein zu verstehen. Den „Genossen“ fällt es ja nach gemachten Erfahrungen sehr schwer, zwischen beiden christlichen Organisationsformen Unterscheidungen zu machen. Warum aber machte man dem B. denn Vorhaltungen wegen seiner Beteiligung an der Laurentiusprozession? Christliche Gewerkschaften nehmen als Organisationen doch nicht an kirchlichen Feiern teil!

Bauhilfsarbeiter.

Hannover. Die Differenzen zwischen den Bauarbeitern und den Arbeitgebern versucht die „wahrheitsliebende“ sozialdemokratische Gewerkschaftspresse, ihr zur Seite die rote Parteipresse, allen voran „Der Volkswille“, den Christlichen in die Schuhe zu schieben. Wir sehen uns daher veranlaßt, zur Steuer der Wahrheit etwas Aufklärung zu schaffen, welche den Herren Genossen jedenfalls etwas unbehagen werden wird. Am 18. August also erhielt Fünemann, Vorsitzender unserer Zahlstelle, eine Karte folgenden Inhalts:

„Werter Kollege! Zwecks Regelung der Affordarbeit erjuche ich dich, bei mir mal vorzukommen, um darüber Rücksprache zu nehmen, wann eine gemeinsame Sitzung stattfinden kann. Mit Gruß K. Sebode.“ (Stempel.) Bureau der Bauarbeiter, Hannover, Neuenweg 1.

Diese Karte fand keine Berücksichtigung bei uns, sondern wurde zu den Akten gelegt. Am 2. September folgte ein Brief, welcher lautete:

„Dem Vorsitzenden des Verbandes Christl. Bauhandwerker und Arbeiter Herrn Georg Fünemann.“

Werter Kollege! Es wird Dir bekannt sein, daß bez. der Affordarbeit unter den Kollegen sowohl unsererseits wie Eurerseits trotzdem im Arbeitsvertrage festgelegten Affordpreisen noch immer eine große Zersplittertheit herrscht. Spez. Was das Uebernehmen der Bauten in Afford anbetrifft, daß hier das Hauptübel an den Tag. Zwischen-Unternehmenssystem liegt, darin wirst Du mit mir einig sein.

Es handelt sich nun darum: Wie können wir im Rahmen des Arbeitsvertrages eine Änderung unsers Affordsystems herbeiführen. Zweitens: Wie ist es möglich daß neben der Affordarbeit für Tagelohnarbeiter mehr Raum geschaffen wird.

Wier resp. unsere Ortsverwaltung ersuchen Euch um eine gemeinschaftliche Konferenz zu diesen Fragen und möchte ich daher bitten mit Zeit und Stunde anzugeben wann es Euch möglichst ist mit uns zu verhandeln.

Eine halbige Antwort entgegengehend z. Mit Kolleg. Gruß Robert Gottmann, Vorsitzender.“

Dieser Brief war mit zwei Stempeln, dem Bureau- und dem Verbandstempel, versehen. Auch dieser Brief wurde unseren Akten ohne weiteres einverleibt. Darauf trat man mündlich an den Vorstand und den Lokalbeamten unseres Verbandes heran, welche alsdann dem Drängen nachgaben und eine gemeinschaftliche Vorstandssitzung mit den Genossen eingingen. In dieser Vorstandssitzung wurde Klage darüber geführt, daß die Steinträger die Beschlüsse, nicht mehr wie 16 Steine zu nehmen, nicht innehielten, sondern 18, 20 und sogar noch mehr verpackten. Auch die Entlohnung des Kaltragens, sowie die Auszahlung des Affordlohnnes müßten geregelt werden, aber alles sollte nur im Rahmen des Vertrages geschehen. In einer am 8. Oktober abzuhaltenden gemeinschaftlichen Versammlung sollten diese Wünsche den Mitgliedern unterbreitet werden. In dieser Versammlung wurde von dem Genossen Sebode die Entziehung der Affordarbeit der letzten zwanzig Jahre bis zur heutigen Tage geschildert, während Windolf auf die Auswüchse des Affordsystems hinwies und die Kollegen auf die Folgen aufmerksam machte. Sie sollten den Betrag und die Beschlüsse, nur 16 Steine zu tragen, streng innehalten, und mit einem Verdienst von 40-45 Mk. wöchentlich zufrieden sein. Wenn viele bei den heutigen Affordpreisen 60-65 Mk. und noch mehr herausbrächten würden, sei das einfach unmenlich, und tänten die körperlichen Nachteile nicht ausbleiben. Er gönne den Arbeitern diesen Verdienst sehr wohl,

aber die Folgen würden sein, daß die Arbeitgeber bei Abschluß eines neuen Vertrages die Arbeitskräfte reduzierten, wie es bei den Putzern in diesem Frühjahr der Fall gewesen sei.

In der Diskussion verwarf der Genosse Scheid das Vorschlags-System vollständig und stellte den Antrag: Die Arbeitskräfte auf ein anderes Morgen ruhen zu lassen; auf die paar Zwischenunternehmer brauche keine Rücksicht genommen zu werden. Hierdurch wurde die Stimmung der Versammlung und Debatte auf ein ganz anderes Gebiet geleitet. Mit Entschiedenheit wurde dieser Antrag von den Leitern bekämpft, um keinen Kontraktbruch zu begehen. Dagegen warf der zweite Vorsitzende der Versammlung die Frage auf, ob es nicht möglich sei, ein anderes Trägersystem einzuführen. Das Tragen der Steine auf dem Brett sei jedenfalls am geeignetsten, da es schon auf zwei Fünftel der Bauten eingeführt sei. Vor dem ersten Januar könnte es allerdings auf der ganzen Linie nicht eingeführt werden. Wieder war's der Genosse Scheid, der sofort den Christlichen Feigheit entgegenhielt und erklärte, damit könnte nichts erreicht werden. Auf die lange Bank dürfte das nicht geschoben werden, sondern wie der Dieb in der Nacht müßte es kommen. Das Brettragen müßte, wenn es wirken sollte, am anderen Tage eingeführt werden. Der Vorsitzende war zuletzt nicht mehr Herr der Situation, und es kam, ohne daß die Sache richtig geklärt war, zu einer Abstimmung, und wurde angenommen. Nun kommt aber das allerhöchste: Von Mittwoch morgen führten die Mitglieder der christlichen Organisation den Beschluß, die Steine auf dem Brett zu tragen, durch, während die Genossen umfielen, und in der alten Weise weiter trugen. Die Arbeitgeber, welche das Vorgehen der Arbeiter als Kontraktbruch ansahen, obwohl im Tarif nichts darüber vermerkt ist, drohten sofort mit Gegenmaßregelung, worauf am Freitag eine Vorstandssitzung der sämtlichen in Betracht kommenden Organisationen stattfand. In dieser wurde von dem freien Bauhilfsarbeiter Friedrichs festgestellt, daß die Aktion ein Schlag ins Wasser sei, indem die freien Bauhilfsarbeiter umgefallen seien, nur die Christlichen hätten die Beschlässe auf der ganzen Linie durchgeführt. In der Sitzung war man sich einig, daß es zur Ausprägung nicht kommen dürfe, ein Mäztag wäre in diesem Falle das Beste. Den Mitgliedern sollte eine Resolution zur Annahme empfohlen werden, die dahin lautete, daß der Vorsitzende des Innungsgerichts anrufen würde zur Fällung eines Schiedspruches. Notwendig wäre aber, daß jeder für die Resolution in der am Sonntag stattfindenden Versammlung eintrete, damit die Arbeit am Montag wieder aufgenommen würde. In der Sonntagssammlung, welche sehr stürmisch verlief, trat nach vielen Diskussionsreden als erster für die Resolution Windob ein; als nachdem der Sozialbeamtete, Genosse Reigner, auch zu derselben sprechen wollte, wurde er sofort niedergeschrien und mußte die Rednertribüne verlassen. Ihren Höhepunkt erreichte die Versammlung, als ein Zentralvorstandsmitglied des „freien“ Bauhilfsarbeiterverbandes das Podium betrat. Diesen ließ man gar nicht zu Worte kommen. Die christlich organisierten Arbeiter erklärten unter diesen Umständen, nicht weiter mittagen zu können, sondern verließen die Versammlung und beschloßen, auf Grund der von den roten Führern vorgeschlagenen und beantworteten Resolution am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Sonntag nachmittag fand dann eine gemeinschaftliche Vorstandssitzung sämtlicher in Betracht kommenden Organisationen statt. In derselben wurde von Mont, Zentralvorstand der freien Bauhilfsarbeiter, betont, daß von Erziehungsarbeit bei den freien Bauhilfsarbeitern hier in Hannover keine Rede sein könne. Bommelberg erklärte, daß es kein Fehler sei, die Sache angeregt zu haben, nur sei man auf eine schlechte Ebene damit geraten, deshalb sei es ganz richtig, wenn ein gangbarer Weg gesucht würde, und die Resolution, die am Morgen zur Abstimmung gelangen sollte, wäre das richtige gewesen. Sie müßte unbedingt am Montagabend in der freien Bauhilfsarbeiterversammlung angenommen werden. Sollte dieses nicht geschehen, so habe er das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen. Am Donnerstag, den 18. Oktober, wurde die Arbeit von den Genossen wieder aufgenommen. Selbstverständlich mit dem Kriegsruß: Vernichtung der Christlichen. Ein Antrag wurde eingebracht und auch angenommen: Wer mit den Christlichen zusammenarbeitet, wird dauernd aus der Organisation ausgeschlossen. Das waren, und so handelten, die roten Bauhilfsarbeiter. Jämmerlicher kann man sich wohl nicht bliamieren. Zum Ueberflus versuchen nun auch noch die „wahrheitsliebenden“ Genossen, den Unschuldigen zu spielen und die Christlichen bei den Arbeitgebern als das Karneval zu denunzieren. Wer aber gab die Veranlassung und wer rührte den Dreiein? Das waren die roten Bauhilfsarbeiter. Man hat uns also den Fehdehandschuh hingeworfen; wir nehmen ihn auf. Die Zeit wird's ja lehren, wer auf der Strecke bleibt und welche Reichen sich lichten. Nur so weiter, Genosse Sebode und Sottmann, wie diese letzten Tage, und wir sind sehr zufrieden. Die Massenübertritte von tüchtigen Gewerkschaftlern beweisen, daß wir reiten.

Soziales.

Invalidentversicherung bei den Landesversicherungsanstalten.

Auf Grund des im Jahre 1889 angenommenen Invalidentversicherungsgesetzes waren die Landesversicherungsanstalten nicht in der Lage, den Rentempfangern noch andere Vergünstigungen zu gewähren, als eben die Auszahlung der gesetzlichen Rente. Da aber diese Renten in der Regel dort nicht ausreichten, wo es sich um einen alleinstehenden oder gänzlich hilflosen und hilflosen Menschen handelt, wurde später auf Anregung der Landesversicherungsanstalt Braunschweig eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen, derzufolge auf Grund statutarischer Festsetzungen der einzelnen Versicherungsanstalten anstelle des Rentenbezuges die Aufnahme in ein Invalidenheim gewährt werden kann. Die Aufnahme in ein solches Heim kann nur auf Antrag geschehen. In diesen Versorgungsheimen kann natürlich für die Rentempfangern viel besser gesorgt werden, als es ohne Invalidenheim möglich wäre. Von besonderer Bedeutung sind die Invalidenheime für die Unterhaltlosen im letzten Stadium der Krankheit. Diese Kranken erhalten im Invalidenheim einen ruhigen Lebensabend und zugleich wird durch Fütterung die Anstehungsgefahr der übrigen Bevölkerung vermindert. Schon eine ganze Anzahl von Landesversicherungsanstalten hat in den letzten Jahren die Invalidenheime eingeführt und soeben ist wieder die Landesversicherungsanstalt Hildesheim dazu übergegangen, auf Antrag an Stelle des Rentenbezuges die Verpflegung im Invalidenheim zu setzen.

Submissionsblüte.

Cordel (bei Trier), 28. Okt. Die Arbeiten und Lieferungen zur Herstellung einer 250 Meter langen Verfaberrampe auf dem Bahnhofsplatz Cordel, umfassend in der Bauhöhe rund 1000 Kubikmeter Abtragmasse, rund 800 Kubikmeter Mauerwerk, rund 2000 Quadratmeter Bohungspflaster, rund 3000 Quadratmeter Schotterung wurden am Montag in dem Geschäftszimmer der Königl. Eisenbahn-Betriebs-Inspektion 2 in Trier vergeben. Es haben sich folgende Angebote gemeldet: Jakob Mangenast in Saarburg 41 564 Mk., Anton Schöpper in Trier 41 740 Mk., Heinrich Bod in Trier 42 147,50 Mk., Lambert in Trier 42 795 Mk., Badle

in Bettingen 44 152,50 Mk., Wilhelm Blum in Gerolstein 45 085 Mk., Kurt in Gerolstein 46 380 Mk., Scheiden in Bach 49 015 Mk., Schmitt in Cordel und Jollmann in Heisterath 53 360 Mk., Meiser und Basten in Cordel 57 300 Mk., Endres in Dieburg 61 514 Mk., Rheinische Sandstein-Industrie in Trier 67 000 Mk.

Das Alter der Invalidentrentenempfänger.

Aus den „Nachweisungen“ der Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherungsanstalten für das Jahr 1905 läßt sich erkennen, daß die Invalidität der Versicherten immer mehr ins höhere Lebensalter gedrängt wird. Gegen das Jahr 1904 ist hier ein beträchtlicher Fortschritt zu verzeichnen.

Von den im Jahre 1905 hinzugekommenen Invaliditätsfällen entfallen auf die Altersklassen:

	-Invalidenrenten		Krankenrenten	
	Zahl	pro Tausend Renten	Zahl	pro Tausend Renten
20-24 Jahre alt	3 504	28	974	82
25-29	5 955	48	1704	144
30-34	5 052	46	1586	138
35-39	5 735	46	1412	119
40-44	6 592	58	1461	121
45-49	8 778	71	1523	129
50-54	12 215	98	1804	115
55-59	17 849	140	1049	89
60-64	24 346	166	606	51
65-69	21 728	175	185	16
70 und mehr Jahre	12 282	90	14	1
Zusammen	124 111	1000	11883	1000

Die Höchstzahl der Invalidenrenten entfällt, wie auch im Vorjahre, hiernach auf die Altersklasse von 60-64 Jahre und die der Krankenrenten in die Klasse von 25-29 Jahre. Im übrigen aber zeigt es sich, daß die Festsetzungen der Renten in dem jüngeren Lebensalter gegen das Berichtsjahr 1904 abgenommen haben.

Die Lehrlingsheranbildung im Großbetrieb.

Während der vergangenen Jahre war der Mangel an tüchtigen Facharbeitern eine ständig wiederkehrende Klage in der deutschen Großindustrie. In den Arbeitsmarkt-Überblicken des Reichstatistischen Amtes, in der privaten Arbeitsmarktberichterstattung, in den Berichten von Arbeitsnachweisstellen, in allgemeinen Geschäftsübersichten und in den Berichten von industriellen Unternehmungen, überall wurde darüber geklagt, daß die Produktion darunter leidet, daß leistungsfähige Facharbeiter nicht in genügender Menge herangezogen werden konnten. Zu einem guten Teil hat der Mangel an tüchtigen Facharbeitern seine Ursache darin, daß in den letzten Jahren fast alle industriellen Zweige eine bedeutende Ausbreitung genommen haben, hauptsächlich aber ist der Mangel an Facharbeitern darauf zurückzuführen auf die Tatsache, daß sich die Großindustrie bisher viel zu wenig um die Heranbildung der Lehrlinge gekümmert hat. Abgesehen von vereinzelten Großunternehmen, deren Leiter schon längst eingesehen haben, wie wichtig die Heranbildung eines gut vorgebildeten Arbeiterstandes ist, bleibt heute in der Hauptsache die Ausbildung des Facharbeiters im Großbetriebe noch dem Zufall überlassen. Ein Teil der Facharbeiter in den Großbetrieben entstammt den Arbeitern, die als ungelernete Zöglinge in den Betrieben eingetreten sind, der andere größere Teil aber ist aus den Handwerksbetrieben in den Großbetrieb übergetreten. Die Handwerksbetriebe haben also bisher als Erzieher tüchtiger Facharbeiter eine sehr wichtige Funktion im deutschen Wirtschaftsleben erfüllt und die deutsche Großindustrie hätte nicht im entferntesten die großen Fortschritte machen können, wenn nicht die in den kleinen und mittleren Betrieben ausgebildeten Handwerksgehilfen so gut als Facharbeiter zu verwenden gewesen wären. Zum Teil kann auch jetzt und fernerhin noch im Großbetrieb mit der Heranziehung von Facharbeitern gerechnet werden, die im Kleinbetrieb ausgebildet sind, aber es machen sich doch auch schon vielfach Zeichen bemerkbar, die es als eine Notwendigkeit erscheinen lassen, daß sich die Großunternehmungen mehr um die selbständige Heranbildung von Lehrlingen bekümmern. Verschiedene Ursachen bewirken, daß der Zugang von Facharbeitern vom Kleinbetriebe geringer werden muß. Zunächst kommt da der allgemeine Lehrlingsmangel in Betracht, daß viele Handwerksmeister nur noch ungern Lehrlinge ausbilden. Auch hierfür sind verschiedene Gründe vorhanden, so die Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung usw. Aus allen diesen Gründen liegt es im Interesse der deutschen Großindustrie, zur Heranbildung von tüchtigen Facharbeitern mehr zu unternehmen. Kommt nach der für die nächste Zeit zu erwartenden stilleren Geschäftszeit wieder eine Zeit der flotten Tätigkeit, so würde sonst die Großindustrie mit noch erspärten Arbeitern, Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Bauunfälle.

Berlin, den 31. Okt. In der Zimmerstraße ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. In der Höhe des zweiten Stockwerkes waren die Arbeiter mit dem Freilegen der Wästen beschäftigt. Dabei verlor der 55 Jahre alte Heinrich Ohnesorge aus Reindendorf, Mitglied unseres Verbandes, der am Rande des Mauerwerkes stand, das Gleichgewicht und stürzte hinterwärts in die Tiefe. Er schlug mit dem Kopfe auf das Hopfenlager auf und zog sich einen schweren Schädelbruch zu, an dessen Folgen er nach wenigen Minuten starb.

Berlin, 31. Okt. Auf dem Neubau des städtischen Waisenhauses brach ein Gerüst, welches zum Abputzen dienen sollte, wahrscheinlich infolge ungenügender Verankerung seiner Stützen, zusammen. Die auf dem Gerüst befindlichen Personen hatten das Unglück kommen sehen und sich schnell geflüchtet. Nur der Mauer Müller vermochte sich nicht rechtzeitig in Sicherheit zu bringen und wurde von dem zusammenstürzenden Gerüst mit in die Tiefe gerissen. Als es nach größter Anstrengung gelungen war, ihn zu befreien, war der Unglückliche so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt werden mußte. Zwei Aerzte des mit dem Waisenhaus verbundenen Kinderhospitals leisteten die erste Hilfe. Sie konstatierten, daß dem Verletzten beide Beine gerammt worden waren, und sorgten für schnellsten Transport nach dem Krankenhaus.

Berlin, 1. November. Ein folgenschweres Bauunglück ereignete sich auf dem ehemaligen Hotelgrundstück Unter den Linden 31, auf dem ein Neubau errichtet werden soll. Bei den Abrissarbeiten ist, wie das ja in letzter Zeit schon häufig vorgekommen ist, wieder einmal eine Mauer eingestürzt und hat drei Arbeiter unter ihren Trümmern begraben. Einer derselben, der 33 Jahre alte Arbeiter Georg Weber aus der Langenstraße, wurde schwer verletzt und konnte nach ihren Wohnungen transportiert werden. Wie auf allen Abrissbauten wurde auch hier mit einer Hast gearbeitet, die jede Vorsicht ausschließt. Das Gebäude ist bereits bis zum zweiten Stockwerk abgetragen. Auf der Mittelmauer des linken Seitenflügels waren gestern zur Zeit des Unglücksfalls drei Mann beschäftigt. Um etwa vier Uhr geriet die Mauer plötzlich aus unbekannter Ursache ins

Wanken und stürzte, bevor sich die Leute retten konnten, stürzterlichem Krachen zusammen. Sonderbarerweise blieben beiden die Mauer flankierenden Seitenwänden vollkommen intakt, während die von den Vorbauten gestützte Mittelmauer zusammenbrach. Die drei auf der Mauer stehenden Arbeiter mit in die Tiefe und wurden von den Mauermassen erdrückt. Man alarmierte sofort die Feuerwehr, und mit dieser gelang es den Arbeitsgenossen der Beringslücken, zu befreien. Alle drei wurden lebend hervorgeholt und drohsten nach der Charité befördert.

Literarisches.

Geeben erschienen: Dieck: Leitfaden der Bauberechnung. I. Teil: Der Maurer; 1,50 Mk. II. Teil: Der Zimmermann; 2,80 Mk.

Ferner empfohlen wir: Bestimmungen für die Ausführung von Konstruktionen aus Eisenbeton bei Hochbauten. (1. Auflage Ausgabe.) 0,80 Mk.

Diese, sowie sämtliche soziale und allgemeine Literatur rätig und zu beziehen durch die Buchhandlung und Verlag des Generalsekretariates der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmstraße 14.

Briefkasten.

An mehrere Schriftführer. Es müßten auch dieser eine Anzahl Berichte zurückgestellt werden. Da die „Baugewerkschaft“ vom Oktober ab nur vierseitig erscheint, ist es Pflicht der Schriftführer, sich möglicher Stürze zu befleißigen. Man er uns damit eine Menge Arbeit, da wir sonst die notwendigen Streichungen selbst vornehmen müssen.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Betr. Beitragsmarken.

Auf Beschluß des Zentralvorstandes sollen für das Jahr neue Beitragsmarken eingeführt werden. Die in die Jahre verwendeten verlierten mit dem 1. Januar 1905 ihre Gültigkeit und sind etwaige Bestände bei Einbringung der Rechnung das IV. Quartal mitzubringen. Die Kassierer werden ersucht, ihre Bestellungen so einzurichten, daß nicht allzu große Bestände vorhanden sind. Etwa rückständige Beiträge für dieses Jahr dürften nach dem 1. Januar 1905 nur noch mit den neuen Marken gutgemacht werden. Jeder Kollege Sorge dafür, daß er am 1. Dezember Beiträge für dieses Jahr voll bezahlt hat, damit den Verwaltungsausschüssen der Abbruch nicht erschwert wird.

Bekanntmachungen.

Delbe i. W. Der Kassierer Jos. Franzloch wohnt Lindenstraße 358.

Wanne i. W. Der Kassierer Philipp Schneberg wohnt Marktstraße 5, III. Etage.

Als verloren werden gemeldet die Buch-Nr. 50768 lautend auf Heinrich Krähengebe von Verwaltungsstelle Münster i. W.;

die Buch-Nr. 61584 lautend auf Wilh. Weder von der Verwaltungsstelle Offen. Ruhr;

die Buch-Nr. 123875 lautend auf Heinrich Schulte von der Verwaltungsstelle Wenden;

die Buch-Nr. 67888 lautend auf Johannes Wandle von der Verwaltungsstelle Waldleiningen.

Verwaltungsstelle Aachen.

Alle Mitglieder der Zahlstellen, welche in Aachen beschäftigt sind, gleichviel welchen Berufes, werden hierdurch aufgefordert, fort ihre Mitgliedsbücher an den Kassierer ihrer Zahlstelle abzugeben; derselbe gibt sie alsdann an die Geschäftsstelle Marktstraße 56, ab. Die Abgabe des Mitgliedsbuches liegt dringendsten Interesse der Kollegen. Der Zweck der Vorkündigung ist, Eintragung ins Verzeichnis, welches auf der Geschäftsstelle angelegt werden muß; die Rückgabe erfolgt sofort, wenn Eintragung geschehen ist. Auch die Wandelegierten werden bitten, beifällig zu sein, daß die Abgabe schnell vor sich geht. Vor allem bitten wir, in jedes Buch mit Mitgliedsbuch die Wohnung des Mitgliedes einzutragen, damit weiß, wo das Mitglied wohnt.

Der Vorstand. J. A. J. o. h. W. i. l. d. e.

Bezirk Posen-Schlesien.

Aufforderung! Die Zahlstellen, welche den Fragebogen nicht an den Bezirksleiter eingesandt haben, werden umgehend schriftlich, dieses zu beschleunigen. Etwas mehr Pünktlichkeit sich angewöhnen, wäre durchaus am Plage.

Josef Frank, Bezirksleiter, Posen, Galdorffstr. 4

Verfammlungskalender.

Argentan. Sonntag, den 10. November, nachmittags 2 Uhr. Generalversammlung im Verbandslokale.

Storbekannt.

Am 28. Oktober starb unser Mitglied Joseph Baufe, 70 Jahre alt, in seiner Wohnung in der Straße Rimpner.

Am 31. Oktober starb unser Mitglied Reinhold Ohnesorge im Alter von 57 Jahren infolge eines Unglücksfalles. Er hinterließ eine Ehefrau und drei Kinder. Seine Hinterbliebenen werden durch den Vorstand in ihrem Schmerze teilhaftig.

Achtung! Werne, Bez. Münster.

Sonntag, den 17. November, nachmittags 4 Uhr, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Vorstand.

Genossenschaftliche Bürsten-Fabrik Ramberg (Pfalz).

Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für alle Sorten Bürstenwaren.

Für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen eingesandten Mustern prompt und billig.

Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.